

XXII. GP.-NR
ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

843 /A(E)
22. Juni 2006

der Abgeordneten Wittauer, DI Missethon, Preineder, Wattaul
 Kolleginnen und Kollegen

betreffend Ausbau von Parkplätzen an Autobahnauffahrten (Initiative Park & Drive)

Das System von Park&Drive ist ebenso einfach wie effektiv: Durch den Bau von Parkplätzen an Autobahnauffahrten und Knotenpunkten werden Autofahrer dazu animiert, Fahrgemeinschaften zu bilden.

Es ist offenkundig, dass mit dem Bilden von Fahrgemeinschaften eine Reduktion des Abgasausstoßes einhergeht und überdies erspart das System von Park&Drive dem einzelnen Autofahrer – vor allem natürlich den Pendlern – Zeit, Nerven und Geld. Autofahren ist mit immer mehr Stress verbunden – zu den allgemeinen Anstrengungen einer langen Autofahrt kommen noch die Ärgernisse des Parkplatzsuchens und der Staus. Durch Park&Drive werden diese Probleme deutlich reduziert, denn mehr Personen pro PKW führen zu weniger Fahrzeugen auf den Straßen, wodurch natürlich auch Stauzeiten in Ballungszentren verringert werden können. Weiters sind die finanziellen Einsparungsmöglichkeiten für Autofahrer durch die sich daraus ergebenden weitaus geringen Ausgaben für Treibstoff beachtlich.

Die Reduktion von Staus auf österreichischen Straßen und die damit verbundene Reduktion an Abgasen kommt auch der österreichischen Wirtschaft zugute. Jährlich entstehen der Wirtschaft nämlich allein durch die Bildung von Staus, durch Überlastung der Verkehrswege, Millionenschäden. Mit einer Reduktion der Fahrzeuge geht somit selbstverständlich auch eine Verminderung der Abnutzung der Verkehrswege einher. Straßen müssten daher nicht so oft erneuert werden und das spart Kosten, für die letztendlich der Steuerzahler aufkommen muss.

Somit könnte nicht nur bei den Kosten für die Sanierung von Straßen gespart werden, sondern dadurch auch jene Staus, die durch Baustellen entstehen, reduziert werden. Das kommt wiederum der Umwelt, der Wirtschaft und den Pendlern zugute.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

Der Nationalrat wolle daher beschließen:

Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie wird ersucht, gemeinsam mit den Ländern, Städten und Gemeinden den Bedarf an zusätzlichen Parkplätzen zur Bildung von Fahrgemeinschaften in Ballungszentren zu erheben. Darüber hinaus wird er ersucht, gemeinsam mit den Ländern, Städten und Gemeinden ein Konzept zu erstellen, welches die sinnvolle Errichtung von weiteren Parkplätzen im gesamten Bundesgebiet ermöglicht.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Verkehrsausschuss zuzuweisen.

Hilssethon *Wattaul*
Rodolfo Ryb *Markus Fark* *Wolfgang*